Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 106 (2012)
Heft: 9

Artikel: Wie die Finanzkrise die Demokratie entmachtet
Autor: Berger, Roman
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390367

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Roman Berger

Wie die Finanzkrise die Demokratie entmachtet

Der angeschlagene Kapitalismus steckt nicht nur in einer vorübergehenden Sinn- und Imagekrise. Er reisst auch die Demokratie in den Strudel der Krise. Dass sogenannte Experten unverhohlen den Ausweg aus der Krise in der Rückkehr zu weniger Demokratie sehen, verheisst nichts Gutes. Roman Berger beschreibt und analysiert in seinem Essay die gegenwärtigen Debatten.

«Das kapitalistische System passt nicht mehr in die Welt.» Das war das Verdikt von Klaus Schwab, dem Chef des Davoser Weltwirtschaftsforums. Schwabs Stimme ist nur eine unter vielen prominenten Konservativen. So provozierte der Herausgeber der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», Frank Schirrmacher, mit der Frage: «Hat die Linke am Ende doch recht?» Der Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, der Schweizer Wirtschaftswissenschafter Thomas Straubhaar, schockte seine Gemeinde mit dem Geständnis: «Ich traue den alten Weisheiten nicht mehr, die mich geprägt haben… Die Deregulierung des Marktes ist zu weit gegangen. Mittlerweile entstehen mehr Kosten als Gewinne durch den Abbau von Regeln.» Und der bekannte britische Publizist Charles Moore sprach von einer «Russifizierung» der westlichen Demokratie. Der überzeugte Konservative hat dabei die immer schärfer werdende Gesellschaftsspaltung vor Augen.

Kein Zweifel, der real existierende Kapitalismus ist in einer Sackgasse angelangt. Und dies nur zwanzig Jahre nach dem «Sieg im Kalten Krieg», der den kapitalistischen Kräften zunächst freie Bahn geschaffen hatte. Die Euphorie über das vermeintliche «Ende der Geschichte» war offensichtlich von kurzer Dauer.

«Financial Times» stellt Kapitalismus zur Debatte

Das verstand auch die «Financial Times». Europas führende Wirtschaftszeitung nahm die «Occupy-Bewegung» als Anlass, bekannte Ökonomen, PolitikerInnen und CEOs zum Thema «Capitalism in Crisis» debattieren zu lassen. Von einer Debatte konnte kaum die Rede sein. Für die mehrheitlich aus dem angelsächsischen Raum stammenden AutorInnen steht fest: Die «Krise des Kapitalismus» ist nur ein vorübergehender Umweg. Denn Kapitalismus heisst Liberalismus, der wiederum eng mit der Demokratie verknüpft ist. (vgl. Imfeld in: NW 4/12)

Ist eine demokratische Zähmung des Kapitalismus möglich?

Nicht die «Krise des Kapitalismus», sondern die «Krisen des demokratischen Kapitalismus» sind das Thema eines viel beachteten Essays (Lettre International. Nr. 95) von Wolfgang Streeck. Der Direktor des Max-Plank Instituts für Gesellschaftsforschung (Köln) erinnert, wie aus dem Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems im Jahr 2008 inzwischen eine wirtschaftliche und politische Krise von globalen Dimensionen geworden ist. Er sieht dieses Ereignis als «endemischen Konflikt zwischen kapitalistischen Märkten und demokratischer Politik». Die gegenwärtige Krise sei ein Teil einer permanenten, notwendig konfliktreichen Transformation der Gesellschaft. Streeck formuliert Bedingungen für eine demokratische Zähmung des kapitalistischen «Raubtieres», glaubt aber nicht daran, dass dieses Versprechen heute noch erfüllt werden könne.

Tiefes Misstrauen zwischen Demokratie und Kapitalismus

Die Vermutung, Kapitalismus und Demokratie passten nicht problemlos zusammen, zieht sich für den deutschen Politologen und Ökonomen wie ein roter Faden vom 19. bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Das Bürgertum und die politische Rechte hätten immer befürchtet, eine Mehrheitsherrschaft – und damit unausweichlich die Herrschaft der Armen über die Reichen – werde letztlich das Privateigentum und die freien Märkte abschaffen. Die aufsteigende Arbeiterklasse und die politische Linke ihrerseits hätten davor gewarnt, die Kapitalisten könnten sich mit den Kräften der Reaktion zur Abschaffung der Demokratie verbünden. Streeck nimmt zu dieser Debatte keine Stellung, erinnert aber: «Zumindest in den Industrieländern hatte die Linke mehr Anlass zu der Befürchtung, die Rechte werde die Demokratie stürzen, um den Kapitalismus zu retten, als die Rechte sich darum sorgen musste, dass die Linke um der Demokratie willen den Kapitalismus abschaffen werde.»

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich der «demokratische Kapitalismus» in Westeuropa und Nordamerika als Modell etabliert. Dank eines ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums habe er so gut funktioniert, dass er bis heute die Vorstellung und Erwartung darüber prägt, «was der moderne Kapitalismus ist oder was er sein könnte und sollte».

Uneingelöste Versprechen

Um mit der Demokratie vereinbar zu sein, so die verbreitete Meinung in den ersten Jahren der Nachkriegszeit in Europa, sollte der Kapitalismus einer umfassenden politischen Kontrolle unterworfen werden durch Verstaatlichung von wichtigen Unternehmen und Branchen oder durch Mitbestimmung der Beschäftigten. Dank starken Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien sei der Kapitalismus domestiziert worden. Man war sich einig: In einem «modernen Kapitalismus» sollte es keine Krisen mehr geben, garantierte Vollbeschäftigung, Beschäftigungsschutz und Vertretung aller Arbeitnehmer waren versprochen worden.

Doch der Nachkriegskompromiss zwischen Kapital und Arbeit dauerte nicht lange. Die Kräfte der «sozialen Einbettung des Kapitalismus» (Gewerkschaften, Sozialdemokratische Parteien) ermüdeten und wurden durch die Globalisierung noch mehr geschwächt. Und schliesslich verschwanden mit dem Ende des Ost-Westgegensatzes die Zwänge, den Kapitalismus mit einer «sozialen Marktwirtschaft» gegenüber dem Kommunismus zu legitimieren.

Wie der domestizierte Kapitalismus sich wieder entfesseln konnte, beschreibt Streeck am Beispiel der USA. Präsident Bill Clinton sah sich gezwungen, ein von Ronald Reagan und George Bush geerbtes hohes Defizit durch scharfe Ein-

schnitte bei den Sozialausgaben abzubauen, was Clintons Wählerschaft besonders hart traf. Als Ausweg aus diesem Dilemma bot der Demokrat Clinton beispiellose neue Gelegenheiten für Bürger und Firmen, sich zu verschulden. Statt dass der Staat Geld aufnahm, um gleichen Zugang zu Wohnungen oder die Ausbildung der Kinder zu finanzieren, wurden jetzt die einzelnen Bürger ermuntert oder auch gezwungen, auf eigenes Risiko Geld aufzunehmen. Um diese neue soziale Konfliktstrategie zu ermöglichen, trieb Clinton die Deregulierung des Finanzsektors weiter voran, die bereits unter Reagan begonnen hatte.

Clintons Politik hatte viele Nutzniesser. Die Reichen blieben von höheren Steuern verschont und konnten mit den immer komplizierteren «Finanzdienstleistungen», die im deregulierten Markt praktisch unbegrenzt verkauft werden konnten, riesige Gewinne machen. Auch die Armen profitierten, mindestens eine Zeitlang. Subprime-Hypotheken wurden zu einem Ersatz für die Sozialpolitik und für die Lohnerhöhungen, die es am unteren Ende eines «flexibilisierten» Arbeitsmarktes nicht mehr gab.

Die Illusion des «billigen Geldes»

Die individuelle Verschuldung ersetzte die staatliche Verschuldung. Die Mittelschicht und sogar Arme wurden Hausbesitzer und bekamen so eine gewisse Zeit die attraktive Gelegenheit, sich an der Spekulationswelle zu beteiligen, welche die Reichen in den neunziger Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts so viel reicher gemacht hatte.

Die Illusion platzte 2008, als die internationale Kreditpyramide plötzlich einstürzte. Weil kein demokratischer Staat es wagte, seiner Gesellschaft als Strafe für die Exzesse eines deregulierten Finanzsektors eine neue Wirtschaftskrise vom Kaliber der Grossen Depression der dreissiger Jahre zuzumuten, mussten Staaten zur Sicherung des sozialen Friedens einen erheblichen Teil der neuen Schulden übernehmen, die ursprünglich im privaten Sektor entstanden waren.

In den Jahren seit 2008 hat sich der Verteilungskonflikt des «demokratischen Kapitalismus» in ein kompliziertes Tauziehen zwischen globalen Finanzinvestoren und souveränen Nationalstaaten verwandelt. Streeck: «Im Umgang mit ihren jeweiligen Krisen konnten Regierungen lediglich erreichen, diese in immer neue Arenen zu verschieben, wo sie in veränderter Form wieder auftauchten. Nichts spricht für die Annahme, dass dieser Prozess – die fortwährende Manifestation der Widersprüche des demokratischen Kapitalismus in immer wieder neuen Formen wirtschaftlicher Verwerfung – an ein Ende gekommen ist.» Für Streeck bleibt eine dauerhafte Versöhnung zwischen sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in kapitalistischen Demokratien ein utopisches Projekt.

Was passiert mit der «Volksherrschaft»?

Wo bleibt in den Spannungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft die politische Führung, was passiert mit dem Projekt «Volksherrschaft», der Demokratie? Nach der Kapitalismus-Debatte in der Financial Times stellte die NZZ einer Reihe von Autoren die Demokratie-Frage. Als besonders bedrohlich für die Demokratie sieht der in Berlin lehrende Herfried Münkler (NZZ 25.4. 2012) die Beschleunigung der Finanzmärkte: «Es ist der immer grössere Zeitdruck, unter dem Entscheidungen gefällt werden, der die demokratische Mitwirkung des Volkes in eine nachträgliche Beurteilung der Folgen von Entscheidungen verwandelt (…) Die aktive Mitwirkung des Volkes am politischen Prozess wird auf Lappalien beschränkt, während in fast allen wichtigen Fragen nur noch der ‹Output› beurteilt werden kann.» Hier sieht Münkler mit Recht die Ursache für die Politik-Verdrossenen und «Empörten».

Zu Wut und Enttäuschung, so dreht der Politik-Professor plötzlich den Spiess um, führe aber nicht die Machtlosigkeit

der Politik sondern die «normative Überlastung der Demokratie». Münkler fordert nicht den Primat der Politik (Kontrolle der Finanzmärkte), sondern warnt vor dem «Risiko von zu viel Demokratie, vor einer Demokratisierung der Demokratie.»

«Liebesaffäre mit der Demokratie»

Ähnlich argumentiert Mark Lilla (NZZ 14. 5. 2012). Der in New York lehrende Geisteswissenschafter sieht die heutige Welt in einer «Liebesaffäre mit der Demokratie». Es sei aber unmöglich, die von der Verliebtheit genährten Erwartungen zu erfüllen. Lilla warnt vor «einer weltweiten Revolution steigender Erwartungen, die keine Regierungsform, geschweige denn eine historisch so besondere und gesellschaftlich derart komplexe wie die Demokratie, je wird erfüllen können». Zurückstecken der Erwartungen sei die einzige Chance, um das Schlimmste zu verhindern. «Denn wir wissen alle, was geschieht, wenn Revolutionen scheitern: Ein neues Zeitalter der Reaktion setzt ein.»

Demokratie nur für eine Minderheit

Demokratie wäre also nicht Lösung, sondern Ursache der Probleme. Solche Ansichten sind nicht neu, es ist aber bezeichnend, dass sie gerade jetzt wieder zur Krisenbewältigung angeboten werden. In einer Studie über die «Krise der Demokratie» (Huntington, Crozier, Watanuki 1975) vertraten politisch einflussreiche Kreise in den USA, Europa und Japan in den siebziger Jahren die These: Demokratie kann nur funktionieren, wenn sie nicht «exzessiv» ist. Das Prinzip der gleichen politischen Teilnahmerechte aller Mitglieder des Gemeinwesens kann nicht wörtlich genommen werden. So versuchte damals eine konservative Führungsschicht die «Krise der Demokratie» zu bewältigen, nachdem die Politisierung neuer sozialer Schichten in den sechziger und siebziger Jahren in Europa (68er Bewegung) und den USA (Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner) die traditionellen politischen Akteure herausgefordert hatte.

Vertrauen der Märkte vs. der Wähler

Rund vierzig Jahre später ist die politische Führung mit einer viel schärferen Her-ausforderung konfrontiert. «Die Dialektik von Demokratie und Kapitalismus entfaltet sich in atemberaubendem Tempo», schreibt Wolfgang Streeck in einem Epilog zu seinem Essay: «Die demokratischen Staaten der kapitalistischen Welt haben nicht mehr nur einen Souverän, sondern zwei: Unten ihr na-tionales Volk, oben die internationalen ‹Märkte›. Die Gewichte verschieben sich rapide nach oben. Da für die Staaten das Vertrauen der Märkte heute wichtiger ist als das der Wähler wird die stattfindende Machtübernahme der Kapitalversteher nicht als Problem angesehen, sondern als Lösung.»

Entmachtung der Demokratie

Es droht also nicht eine «exzessive Demokratie». Das Gegenteil findet statt. Die Demokratie wird entmachtet – zur Rettung des Kapitals. Dazu einige Stichworte: In der EU wird mit einer Fiskalunion den schwächsten Staaten die parlamentarische Budgethoheit weggenommen. Die Griechen konnten über die Verpflichtungen nicht abstimmen, die ihnen durch die anderen Euro-Staaten beziehungsweise die Troika (EU, Europäische Zentralbank und IWF) auferlegt wurden. Demokratische Strukturen, sie wären die Voraussetzung von Fairness, werden auch in der Schweiz ausser Kraft gesetzt. Die Rettung der UBS erfolgte per Notrecht. Und bei der nur knapp an- genommenen Unternehmenssteuerreform II vor vier Jahren ist anstatt der bescheidenen Steuerausfälle, wie der damalige Finanzminister Hans Rudolf Merz versprochen hatte, mit Steuerausfällen von vielen Milliarden zu rechnen. Hier wurden nicht nur Fairness-Regeln verletzt, das Stimmvolk wurde «hinters Licht ge-

führt» (Bundesgericht). Die Folgen davon: Eine neue Runde von Steuergeschenken für die bereits schon Privilegierten. Die Lasten zu tragen haben die übrigen «99 Prozent».

Osmose zwischen Regierung und Finanzindustrie

Um die Kniefälle der Politik vor dem Kapital zu verstehen, lohnt es sich, «The Quiet Coup» (The Atlantic, Mai 2009) (nochmals) zu lesen. Hier beschreibt Simon Johnson, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds und heute Professor am MIT, wie eng in den USA Politik und Finanzindustrie miteinander verflochten sind. Wallstreet hat nicht einfach nur grossen Einfluss auf die Regierung (Lobbying), sondern stellt auch die Regierung (Finanzministerium, Präsidentenberater). Zwischen Wallstreet und Washington gibt es einen offenen Korridor, Regulierer und Regulierte sind identisch (Drehtür-Effekt). Und das Wichtigste: Ein Grossteil der Öffentlichkeit lässt sich durch die von der Finanzindustrie abhängigen Medien weiterhin überzeugen: «Was für Wallstreet gut ist, ist auch für Mainstreet gut.» Simon Johnsons Analyse der Osmose zwischen Wallstreet und Washington liesse sich – mit entsprechenden Anpassungen – auch auf die Achse Bundeshausplatz-Paradeplatz übertragen.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Um nicht ganz aus der «Demokratie heraus und in eine Diktatur freier Märkte zu fallen», fordert Wolfgang Streeck einen «neuen Gesellschaftsvertrag des demokratischen Kapitalismus». Dafür müsste die Gesellschaft einen «selbstzerstörerisch gewordenen Massenkonsumismus» überwinden. Das könne nur geschehen, wenn jene, die von den jüngsten Transformationen des kapitalistischen Wirtschaftssystems wie nie zuvor profitiert haben und profitieren, grössere Opfer leisten als diejenigen, die in den Jahrzehnten der Liberalisierung und Globalisierung ihre Lebenschancen haben verfallen sehen.

Gerechte Löhne vs. Pumpkapitalismus

Weiter fordert Streeck einen «demokratischen Abschied aus dem lebensgefährlichen Pumpkapitalismus». Gerechte Löhne müssten Konsumentenkredite überflüssig machen, die zum Ausgleich stagnierender Masseneinkommen und eines wachsenden Abstands zwischen unten und oben, eingerichtet worden seien. Für einen solchen Kurswechsel wäre aber eine wiederbelebte, starke Gewerkschaftsbewegung eine Voraussetzung, «die dem gegenwärtigen Raubbau an der menschlichen Arbeits- und Familienfähigkeit ein Ende setzen könnte». Und schliesslich: Eine effektivere Besteuerung der Einkommen und Vermögen der Liberalisierungsgewinner müsste Staatskredite zur Bestreitung öffentlicher Aufgaben ablösen. Was Staaten im Auftrag ihrer Bürger für die Gesellschaft als Ganze tun, das dürfe nicht mehr mit geliehenem Geld geschehen. Der Trend zur Gesellschaftsspaltung, die Signatur des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts, müsste umgedreht werden…

Politisch unangreifbare Festung

Mit seinen zahlreichen «müsste», «könnte» und «wäre» gibt Streeck zu verstehen, dass er selber nicht (mehr) an das Zustandekommen eines «neuen Gesellschaftsvertrages» glaubt. Ein «sozialdemokratischer Kompromiss» wie in den sechziger und siebziger Jahren sei heute nicht mehr denkbar. Der Verteilungskampf hat sich internationalisiert, die sogenannte Dienstleistungsgesellschaft besteht aus zwei Gesellschaften: Wie soll man beispielsweise die 30 000 Beschäftigten bei Goldman Sachs mit Durchschnittseinkommen von 500 000 Dollar pro Jahr und die andere Dienstleistungsgesellschaft der Putzfrauen und 400-Euro-Jober zusammenbringen ?

Die demokratisch-kapitalistisch Kri-

sensequenz seit den siebziger Jahren hat, so Streeck, zu einer dauerhaften Regelung des Sozialkonflikts des fortgeschrittenen Kapitalismus geführt: «Diesmal gänzlich zugunsten der besitzenden Klassen, die fester denn je in ihrer politisch unangreifbaren Festung, der internationalen Finanzindustrie, verschanzt sind.»

«Abstieg ins Glück»

Das ist reine Schwarzmalerei! Es gibt keinen Grund für Aufregung oder gar Empörung, beschwichtigen Ökonomen und Politiker, die weiterhin Margret Thatchers Losung «There is no alternative» hochhalten. Ihre Botschaft lautet: Sparen müssen wir *alle*. Die «Zeit der Austerität» kann auch eine Chance sein, die uns alle weiterbringen wird: politisch, ökologisch, sozial und psychologisch. Der Wohlstandsverlust ist in Wirklichkeit ein «Abstieg ins Glück» (Tages Anzeiger, 26. April 2012).

Wer aber steigt ab, und wer bleibt oben? Auch hier lohnt sich ein Rückblick. In den siebziger Jahren dominierte die von der liberalen Schule vertretene Auffassung, der Gewinn werde aus den Zentren in die Peripherie heruntersickern (trickle down), zum Beispiel in die damalige Dritte Welt. Heute stellen wir fest, wie auch in den Ländern des Nordens die Einkommensgräben immer tiefer werden. Aus dem «Trickle down- Effekt» ist ein «Trickle up-Effekt» geworden.

Auch in der Schweiz haben die Einkommensungleichheiten stark zugenommen. Gleichzeitig findet eine verstärkte Ballung der obersten Einkommen auf eine schrumpfende Anzahl von Wohnorten statt. Der Lausanner Wirtschaftsprofessor Marius Brülhart hat in einer Analyse der Bundessteuerdaten festgestellt, wie sich die Spitzenverdiener auf deutlich weniger Regionen als vor viezig Jahren konzentrierten. Besonders in der Nähe der Finanzzentren Zürich und Genf könne man von einer «Ghettoisierung der Reichen» sprechen. Tiefsteuerregionen ziehen Grossverdiener an, was weitere Steuersenkungen ermöglicht. Es entstehen «Ghettos mit Seesicht» (NZZ online. 9. Mai 2012).

Keine Frage: Der Geldadel muss sich in der Schweiz noch nicht in die Burgen von «Gated Communities» flüchten. Die Ärmsten im Lande werden weiterhin durch ein soziales Netz aufgefangen, es drohen keine Aufstände wie in den französischen Banlieues. Der Mittelstand gerät zwar zunehmend unter Druck, befindet sich aber weiterhin auf einem beachtlichen Wohlstandsniveau. Nach der «Abzocker»-Debatte der letzten Jahre versucht die Oberschicht, mit grosszügigen Spenden für Universitäten und andere unter Spardruck stehende öffentliche Institutionen wieder Goodwill zu schaffen. In Basel wird mit der Finanzierung einer Alternativ-Zeitung sogar die «Vierte Gewalt» von einer Mäzenin unterstützt.

Doch das sind Nebenschauplätze. In seiner Abschiedsvorlesung hat Daniel Thürer, ein Liberaler alter Schule, vor einer «Refeudalisierung der Gesellschaft» gewarnt.

«Die Gesellschaft wird sich das nicht gefallen lassen»

Wolfgang Streeck thematisiert in einer Nach-Diskussion zu seinem Essay (Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4-2012) die Ohnmacht der «verantwortungsvollen Opposition» und stellt die Frage: «Wenn alles, was vernünftig und verantwortlich ist, nur darin bestehen kann, jetzt irgendwem irgendwelche Schulden abzuzahlen, die irgendwelche anderen für mich gemacht haben, vielleicht ist dann noch am verantwortlichsten, wenn man sich mal verantwortungslos verhält. Was passiert dann ?»

Streeck hat einen minimalen Optimismus bewahrt, den er so umschreibt : «Die Gesellschaft wird sich ihre Auflösung nicht gefallen lassen. Insofern bin ich zuversichtlich, dass etwas geschieht. In welchen Organisationsformen, kann ich aber nicht sagen.» ●

Roman Berger war Auslandredaktor des Tages Anzeigers in Lateinamerika, USA und Russland. Er ist Mitglied der Redaktionskommission Neue Wege *(roman-berger@bluewin.ch).*